



Fast 900.000 Pendlerinnen und Pendler müssen täglich oft mehr als 20 Kilometer zu ihrem Arbeitsplatz zurücklegen.

ÖAAB-Tamandl: Ein Sozialstaat muss Pendlern unter die Arme greifen

Attacke gegen Pendler!

ÖAAB-Generalsekretär Lukas Mandl: Attacken aus dem SPÖ-Umfeld gegen kleine Pendlerinnen und Pendler sind blanker Hohn!

Wenn man davon ausgeht, dass in Österreich von den 3,3 Millionen unselbstständig Beschäftigten fast 900.000 Pendlerinnen und Pendler sind, die täglich oft mehr als 20 Kilometer zu ihrem Arbeitsplatz zurücklegen müssen, dann ist das schon gewaltig, denn das ist fast ein Viertel aller unselbstständig Beschäftigten. Dann wäre es eines Sozialstaates unwürdig, diesen Menschen nicht unter die Arme zu greifen", erklärt ÖAAB-Nationalratsabgeordnete Gaby Tamandl.

Auf Öffis umsteigen
 "Pendlerinnen und Pendler haben es ohnehin nicht leicht. Ihnen angesichts

der Unzuverlässigkeit und Verspätungen bei den ÖBB medial auszurichten, sie

"Pendlerinnen und Pendler fahren nicht aus Jux und Tollerei durch die Landschaft. Sie müssen fahren, weil ihr Arbeitsplatz das verlangt."

Lukas Mandl

sollten auf Öffis umsteigen, ist blanker Hohn. Wer eine vernünftige Öffi-Verbindung hat, nützt diese sowieso. Die Pendlerpauschale ist ja auch geringer, wenn es eine zumutbare

"Pendlerinnen und Pendler fahren nicht aus Jux und Tollerei durch die Landschaft. Sie müssen fahren, weil ihr Arbeitsplatz das verlangt. Das kostet nicht nur Geld, sondern auch Zeit, die dann für Privates fehlt", betonte ÖAAB-Generalsekretär LAbg. Mag. Lukas Mandl anlässlich der Forderung von Verkehrsclub Österreich (VCO) und Arbeiterkammer, die Pendlerpauschale für bestimmte Gruppen zu streichen.

Öffi-Verbindung gibt", so Mandl.

"Besonders bemerkenswert dabei finde ich die Breitseite des VCO gegen die kleinen Hausbauer, die man im SPÖ-Umfeld offensichtlich zu den Reichen rechnet", so Mandl weiter.

Mehr Gerechtigkeit
 "Mehr Gerechtigkeit für die Pendlerinnen und Pendler Österreichs findet nicht durch die Abschaffung des Pendlerpauschales für bestimmte Bereiche statt, sondern kann lediglich durch eine Neuregelung des jetzigen Stands erreicht werden. Zum Beispiel dürfen flexible Arbeitszeiten nicht bestraft werden", so Gaby Tamandl abschließend.